

Dokumentation der Bildungskonferenz am 07.01.2008

Thema:

„ Überlegungen zur Veränderung der
Elternbeiträge nach Maßgabe des
neuen Kinderbildungsgesetzes –
KiBiz“ II

Referent: Beigeordneter Prof.
Vermeulen

Begrüßung

Volker Wiebels, Pressesprecher der Stadt, eröffnet die Bildungskonferenz mit dem Hinweis auf die letzte Veranstaltung am 10.12.2007 in der Aula des Schulzentrums Broich. Nach der ersten Vorstellung der Überlegungen der Verwaltung zur Veränderung der Elternbeiträge nach Maßgabe des neuen KiBiz gehe es nun darum, noch offene Fragen zu beantworten und den Eltern eine weitere Diskussionsmöglichkeit zu geben.

Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld begrüßt alle Eltern und Mitarbeiterinnen aus den Tageseinrichtungen, die Vertreter der Politik und der Presse. In dieser Bildungskonferenz werde nicht noch einmal der Vortrag zum neuen Gesetz gehalten. Der sei im Internet abzurufen. Es bestehe nun noch einmal die Gelegenheit, Fragen zur Beitragssystematik zu stellen. Dazu werde der Jugenddezernent mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung stehen.

Herr Beigeordneter Vermeulen stellt die beiden Fragenkomplexe an den Anfang seiner Ausführungen, die ihn in den letzten Wochen erreicht haben:

- Wann haben die Eltern Sicherheit, welchen Kindergartenplatz ihr Kind erhält? Wann wird der Platz zugewiesen? – Herr Vermeulen informiert über die im Januar stattfindende Bedarfserhebung. Diese sei Grundlage zur Festlegung der Gruppenstrukturen. Im März 2008 solle das Angebot einer jeden Einrichtung feststehen. Erst dann könnten verbindliche Zusagen erfolgen.
- Welche Elternbeiträge sind für welche Betreuungszeit zu zahlen? – In der Bildungskonferenz werde abschließend über die Vorstellungen der Verwaltung diskutiert. Anschließend werde der Vorschlag in den Jugendhilfeausschuss und den Rat der Stadt eingebracht, der in der Sitzung am 06. März 2008 entscheiden werde. Erst dann stehe die Höhe der Beiträge ab 01.08.2008 verbindlich fest.

Nach diesen einleitenden Worten wird den Anwesenden die Möglichkeit gegeben, die noch offenen Fragen zu stellen.

Fragen und Antworten

- Müssen alle Tageseinrichtungen alle Betreuungsformen und -zeiten anbieten? – *Herr Schweers, Leiter des Amtes für Kinder, Jugend und Schule, beantwortet die Frage. Jeder Träger entscheide in eigener Verantwortung. Schon heute habe nicht jede Einrichtung alle Betreuungsformen. Ziel sei jedoch, nach Abstimmung mit allen Trägern in jedem Sozialraum jede Betreuungsform anzubieten.*
- Wie sieht der auf die einzelnen Träger bezogene Status möglicher Änderungs-Szenarien aus? – *Da der Abstimmungsprozess mit den*

- Trägern bis Ende Januar 2008 abgeschlossen sein soll, könne erst dann über mögliche Szenarien berichtet werden.*
- *Wie wird dieses Ergebnis dann transportiert? – Die Tageseinrichtungen werden natürlich sofort informiert und könnten ihre Kenntnisse dann an die Eltern weitergeben. Eine umfassende Information werde außerdem angedacht.*
 - *Wie werden dann die Kinder auf die Einrichtungen verteilt und könnten Wechsel notwendig werden? – Ziel seien nach wie vor wohnortnahe und stadtteil-bezogene Angebote sowie die Vermeidung von Einrichtungswechseln. Durch die Struktur der Förderung werde den Trägern kein Anreiz geboten, die Betreuungsformen zu ändern. Deshalb sei es sehr unwahrscheinlich, dass ein Wechsel der Einrichtung notwendig werde.*
 - *Eine Mutter, die ihr Kind nur in einer Einrichtung angemeldet hat, fragt, ob es sinnvoll ist, ihr Kind auch in anderen Einrichtungen anzumelden. – Eine Anmeldung in mehreren Kindergärten ist weder notwendig noch wünschenswert. Neu sei nur die Betreuungszeit von 25 Stunden. Hier sei eben noch nicht klar, welche KiTas diesen Betreuungsumfang anbieten wollen. Bisher gebe es auch bereits 35 Stunden und 45 Stunden in der Betreuung. Deshalb sei eine höhere Sicherheit bei einer Anmeldung für 35 oder 45 Stunden gegeben.*
 - *Die Betreuung von 35 Stunden kann im Block 5 Tage á 7 Stunden oder mit der geteilten Öffnungszeit am Vormittag 5 Stunden und am Nachmittag 2 Stunden erfolgen. Wovon wird das Angebot abhängen? – Eine Blocköffnung für alle Gruppen würde in vielen Gebäuden bauliche Veränderungen erfordern (Ruhemöglichkeiten, Mahlzeitzubereitung). Es sei an den Trägern und ihren Einrichtungen, den Bedarf flexibel zu erfüllen.*
 - *Das Bistum habe die Schließung von Einrichtungen angekündigt. Wie reagiert die Stadt darauf? – Herr Vermeulen weist auf den Rechtsanspruch der Kinder ab Vollendung des 3. Lebensjahres hin. Der sei abgesichert und werde erfüllt. Die Verwaltung sei weiterhin mit dem Bistum im Gespräch. Es wurden Vorschläge unterbreitet. Der Rat der Stadt habe seinerseits eine Resolution gegen die Schließung von 10 Gruppen verabschiedet. Herr Vermeulen bietet an, dass sich im Einzelfall Eltern an die Fachverwaltung wenden können, wenn ihnen keine zufrieden stellende Lösung angeboten wird.*
 - *Wird durch die neuen gesetzlichen Regelungen einer schlechteren Qualität der Arbeit Vorschub geleistet? Anhand eines möglichen Szenarios unter Beachtung der durch Schulkinder freiwerdenden Plätze, der aufzunehmenden Geschwisterkinder und der Gruppengrößen und -anzahl könnten Überbelegungen erforderlich werden, die nach altem Recht nicht entstanden wären. – Herr Vermeulen sieht nur die Möglichkeit, dass Eltern und Träger miteinander im Gespräch bleiben und die Qualität der Arbeit sichern und die Vergabe der zu besetzenden Plätze konfliktfrei entscheiden.*

- Es sei bekannt, dass durch das neue Gesetz der Trägeranteil weiter gesenkt werde. Trotzdem würden Gruppen geschlossen. Die Lösung liege nur in der Übernahme dieser Einrichtungen durch die Stadt. Außerdem sollten die Gruppenstärken gesenkt und keine Elternbeiträge mehr erhoben werden. – *Herr Vermeulen verweist darauf, dass der Trägeranteil deshalb gesenkt wurde, weil der Zuschuss bisher nicht ausreichte. Die Kirchen und anderen Träger entlasteten die Stadt um die Eigenmittel und auch deshalb sei die Stadt an einer vielfältigen Trägerlandschaft interessiert. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben sei eine Beitragsstruktur gefordert, der sich die Stadt Mülheim nicht entziehen könne. Eine Beitragsfreiheit sei erst dann zu erwarten, wenn es eine Kindergartenpflicht gebe. Im Übrigen sei Mülheim an der Ruhr im Vergleich zu anderen Städten familienfreundlich.*
- Wie sieht der „Plan B“ aus, wenn es zu den Schließungen der Gruppen in kath. Einrichtungen kommt? – *Herr Vermeulen verfolgt nur den „Plan A“ und will diesen zum Erfolg führen. Deshalb werde die Reaktion des Bistums erwartet.*
- Welche Bedarfszahlen werden den für Januar 2008 festzulegenden Gruppenstrukturen zugrunde gelegt? – *Herr Rose, Jugendhilfeplaner der Stadt, legt zunächst die bisher geforderten Betreuungsbedarfe der betreuten Kinder zugrunde. Diese Zahlen werden ergänzt um die Ergebnisse einer Umfrage in den städt. Einrichtungen (an alle Eltern!) im Januar 2008. Da erwartet werde, dass viele Eltern die Bedarfe an der Beitragshöhe orientieren, solle die Tabelle relativ sicher sein. Auch die konfessionellen Träger hätten schon mit der Befragung begonnen.*
- Ändert sich die Beitragstabelle, wenn sehr viele Eltern nur das Angebot „25 Stunden“ wählen? – *Zur Zeit werde kein großer Bedarf für nur 25 Stunden erwartet. Konkret werde aber im März 2008 eine verbindliche Übersicht von Angebot und Nachfrage möglich sein.*
- Müssen alle Kindergärten die Bedarfserhebung durchführen? – *Die Verwaltung könne keine 100%ige Befragung garantieren, da die Träger in Autonomie entscheiden könnten. Sicher zu erwarten sei zukünftig aber die Erhebung bei Neuanmeldungen.*
- Bei den Veranstaltungen der Bildungskonferenz seien nie alle Eltern anwesend gewesen. Wie wird sichergestellt, dass die Betroffenen informiert werden? – *Die Ausführungen des Ministeriums zum neuen Gesetz, die anschließende Aussprache, die ersten Überlegungen zu den neuen Elternbeiträgen und die Fragen und Antworten seien vollständig im Internet abrufbar. Dann würden alle Eltern zusätzlich angeschrieben und informiert.*
- Wird bei einer Reduzierung der Öffnungszeit auf 25 Stunden auch weniger Personal zur Verfügung stehen? – *Selbstverständlich! Bei weniger Arbeit gebe es auch weniger Personal. Eine Verschlechterung der Qualität sei jedoch daraus nicht abzuleiten. Wie bisher werde eine gute Arbeit geleistet.*

- Da der zeitliche Schwerpunkt der Betreuung auf dem Vormittag liegt, können dann auch am Nachmittag noch Inhalte angeboten werden? – *Es müsse abgewartet werden, wie die Kindergärten auf evt. geänderte Betreuungszeiten reagieren und dann das Gespräch gesucht werden. Auch jetzt gebe es individuelle Lösungen.*
- Sollte doch in einzelnen Einrichtungen eine Reduzierung auf 25 Wochenstunden bedarfsgerecht sein, ist dann mit einem Personalabbau zu rechnen? – *Die Frage sei nur für die städt. Einrichtungen zu beantworten. Ein Personalabbau sei nicht zu erwarten, denn der Ausbau der Plätze für Kinder unter 3 Jahren erfordere zusätzliches Personal.*
- Sei davon auszugehen, dass die Stundenanzahl gebucht werden könne, die tägliche Präsenz aber unterschiedlich sei? – *Herr Vermeulen weist auf die Notwendigkeit hin, dass die Bedarfe der Eltern und der Kinder, die durchaus unterschiedlich seien, aufeinander abzustimmen seien. Für die Eltern wünschenswerte Betreuungszeiten könnten durchaus für die Kinder nachteilig sein. Doch durch KiBiz ist beabsichtigt, das Betreuungsangebot flexibler zu gestalten. Hier sind zunächst die Kindertageseinrichtungen selbst gefordert. Er empfehle den Dialog aller Akteure im Einzelfall.*

Schlusswort

Herr Wiebels dankt allen Anwesenden für die engagierte Diskussion. Nun werde die Verwaltung die Beitragstabelle der Politik zur Entscheidung vorlegen. Am 06.03.2008 werde dann vom Rat der Stadt darüber entschieden.

Mülheim an der Ruhr, den 09.01.08

Heinz-Hermann Ernst